

Wie ist es genau zu der Klage gegen das Land Kärnten gekommen?

Es gab am Höhepunkt in etwa 700 Betroffene mit sogenannten Dienstzettelverträgen, also freien Dienst- und Werkverträgen. Davon konnten ca. 350 Fälle als Umgehungen der geltenden rechtlichen Bestimmungen angesehen werden. Das Land begann dann diese Mitarbeiter langsam abzubauen, woraufhin eine Betroffene des Museums Moderner Kunst in Klagenfurt eine Individualklage einbrachte, die sie auch gewann. Daraufhin hat sich die Gewerkschaft entschlossen eine Sammelklage anzustrengen. Diese wurde erfolgreich durch zwei Instanzen geführt. Das Land musste daraufhin etwa 180 Betroffene in geordnete Verträge übernehmen.

Haben die Leute zunächst gezögert das Land zu Klagen?

Sicher, die Betroffenen hatten Angst mit irgendwelchen Nachteilen rechnen zu müssen. Die Einstellung der damaligen Landesregierung war ja nicht gerade dienstnehmerfreundlich. Viele hatten massive Existenzängste, was eine Klage betraf.

Hat es politischen Druck gegeben die Klage nicht einzubringen?

Nein, das hat man sich gegenüber einer starken Personalvertretung wie der unsrigen nicht getraut.

Gab es deswegen Kontakte zur Bundesgewerkschaft? Wie ging die Sache weiter?

Ja, die Bundesgewerkschaft hat die Klage unterstützt. Allerdings begannen die Verantwortlichen des Landes Kärnten dann Scheinvereine zu gründen, in denen die neuen Dienstnehmer gesammelt wurden, um damit erneut das Landesvertragsbedienstetengesetz und das Dienstrecht auszuhebeln. Wir haben dann, auch mit Unterstützung der Arbeiterkammer, erneut mit Klage gedroht. Durch den Regierungswechsel im März hat sich das Klima zwischen Regierung und Personalvertretung aber zum Besseren gewendet. Das Land Kärnten hat sich daraufhin bereiterklärt etwa 80 Personen, die von diesen Ausgliederungen in Vereine betroffen waren, zu übernehmen. Es kann sein, dass noch ein paar übersehen wurden, aber wir sind zuversichtlich, dass auch diese Fälle noch eine positive Lösung erfahren würden.

Was halten Sie grundsätzlich von solchen atypischen Beschäftigungsverhältnissen im öffentlichen Dienst?

Mit solchen Scheinverträgen wird einerseits der Bevölkerung vorgegaukelt, dass man beim Personal spart, obwohl man die Leute ja dann als Sachaufwand abrechnet. Andererseits ist es eine Unverschämtheit gegenüber den Betroffenen, die vom Staat so behandelt werden. Ich denke, wenn die öffentliche Hand dafür zuständig ist, dass Gesetze eingehalten werden, hat sie auch eine moralische Verpflichtung, dass solche Scheinanstellungen in ihrem Verantwortungsbereich nicht vorkommen. Letztendlich könnten ja Klagen von Bürgern

drohen, weil ja Gutachten, Bescheide etc. nicht von ordentlich beschäftigten Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen stammen.